

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 2224
Fax (0202)	563 8015
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	01.03.2010

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/0359/10) am 25.02.2010

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Arnold Norkowsky

von der CDU-Fraktion

Herr Dirk Kanschat, Herr Günter Pott, Frau Maria Schürmann, Herr Michael Wessel

von der SPD-Fraktion

Herr Wilfried Michaelis, Herr Andreas Mucke, Frau Christa Stuhldreier

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Hohagen, Frau Ilona Schäfer

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Gerd-Peter Zielezinski

von der WfW-Fraktion

Frau Kirsten Kroll

als sachkundige Einwohner/in

Herr Reinhard Fliege, Herr Frank Gottsmann, Herr Dr. Martin Hamburger, Herr Thomas Römer ,
Herr Bernd Engels

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Beig. Dr. Stefan Kühn , Herr Uwe Temme, Frau Dr. Ilse-Ute Wenzel, Herr Matthias Buntrock-
Schweer, Herr Detlef Krings , Frau Katja Rosenkranz

Schriftführerin:

Anita Kretschmer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Der Vorsitzende verweist auf die von der Verwaltung ausgelegte Liste mit den vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der Zuschüsse.

Beig. Dr. Kühn erläutert die Hintergründe und erklärt, dass diese Liste eine Grundlage für die zu führenden Diskussionen und Beratungen in den Fraktionen, mit den Betroffenen und der Verwaltung bilden soll und nicht heute im Fachausschuss beraten wird.

Dr. Hamburger erklärt als Vorsitzender der AG der Freien Wohlfahrtspflege, dass die Kürzungen von deutlich mehr als 10% und die Halbierung des Globalzuschusses die Arbeit der Freien Träger gefährden. Die vorgeschlagene Einsparung von 1 Mio. € macht vieles kaputt, rettet die Stadt aber nicht. Die AG der Freien Wohlfahrtspflege erklärt sich ausdrücklich bereit, sich an den zu führenden Diskussionen zu beteiligen.

I. Öffentlicher Teil

1 Richtlinien der Stadt Wuppertal zur aktiven Mitwirkung in den Gebieten der Sozialen Stadt/Stadtumbau West - Verfügungsfonds Vorlage: VO/0142/10

Herr Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass er in der nächsten Woche zusammen mit dem Kämmerer Dr. Slawig und dem Umweltdezernenten Meyer einen Termin im Städtebauministerium wahrnimmt, in dem geklärt werden soll, ob und mit welchen Rahmenbedingungen die Förderung von Maßnahmen der Stadtentwicklung in Oberbarmen erfolgen kann.

Im Ausschuss besteht einvernehmen darüber, dass die Verwaltung gebeten wird, in Verhandlungen mit der Landesregierung bzw. dem Regierungspräsidenten zu treten mit dem Ziel, die Voraussetzungen für das Einbeziehen des Gebietes Oberbarmen in die Förderung umgehend aufzunehmen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 25.02.2010:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Richtlinien zum Verfügungsfonds in den Gebieten der Sozialen Stadt/Stadtumbau West werden beschlossen.

Einstimmigkeit

2 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes

2.1 TOP Umsetzung Haushaltssicherungskonzept, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.10 Vorlage: VO/0149/10

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Punkt „Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes“ auf die Tagesordnung gesetzt wurde und der Antrag somit erledigt ist.

2.2 "Umsetzung Haushaltssicherungskonzept", große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.10 Vorlage: VO/0150/10

Herr Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass die Personaleinsparungen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes dazu führen werden, dass die sich die Dienstleistungsqualität verschlechtern wird, die Bearbeitungszeiten länger werden und Leistungen eingestellt werden müssen.
Die Umsetzung des Abbaus von Personal wird alle Leistungseinheiten treffen.

Die Betriebe mit festen Personalschlüsseln wie die Feuerwehr oder die Tageseinrichtungen für Kinder wird es weniger treffen als andere. Zu den sonst geplanten Einsparungen im Ressort Soziales hat die Verwaltung die Liste der Maßnahmen verschickt und ausgelegt. Bei den Pflichtaufgaben steht noch nicht fest, welche von den Standardreduzierungen betroffen sein werden und in welchem Umfang.

2.3 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014

Vorlage: VO/0131/10

Herr Engels gibt einen Auszug aus dem Protokoll der Fachgruppe Behinderung bekannt:

Zu 13.14

„Frau Weber berichtet über die „grenzwertig würdelose“ Bestattung im Rahmen von Beerdigungen durch das Ordnungsamt. Hier sollen 60.000 € eingespart werden. Frau Weber sieht in einer weiteren Verschlechterung der bisherigen Vorgehensweise eine Gefährdung der Menschenwürde.“

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 25.02.2010:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Zu 11.4 Gesundheitsämter

1. Das von der Verwaltungsspitze am 17.11.2009 vorgestellte HSK 2010 – 2014 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht der Verwaltung über die Umsetzung der Maßnahmen, die als Geschäft der laufenden Verwaltung eingeordnet werden, wird zur Kenntnis genommen.
3. Die nachfolgend genannten Maßnahmen werden beschlossen:
 - Kooperation im kommunalen Gesundheitswesen

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit

Gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Enthaltung der Fraktion WfW

Anlage zu VO/0131/10

Fundstelle 6.2 Einsparungen bei R 201 im Bereich Hilfe zur Pflege

Fundstelle 6.3 Weitere Einsparungen bei R 201

Entgegennahme ohne Beschluss.

3 Jahresbericht 2009 der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen

Vorlage: VO/0097/10

Der Vorsitzende spricht der Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen im Namen des Ausschusses den Dank aus.

**4 Sachstandsbericht Neuorganisation der Jobcenter, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.10
Vorlage: VO/0130/10**

Beig. Dr. Kühn berichtet darüber, dass sich der Stand der Diskussion grundlegend geändert hat. Das Modell, die Leistungen der ARGE wieder getrennt anzubieten ist nicht mehr aktuell. Es wird erwogen, das Grundgesetz zu ändern, um die ARGE und die Option rechtssicher zu machen und ggf. weitere Optionen zu erschließen. Die Entscheidung ist noch offen, ebenso die Konsequenzen und der daraus resultierende Handlungsbedarf. Es ist ein Team unter Leitung von Herrn Temme gebildet worden, das verschiedene Varianten mit unterschiedlichen Folgen beleuchtet.

Stv. Mücke erklärt, dass zu diesem Thema ein Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion für die kommende Ratssitzung vorgesehen ist.

**5 Mündlicher Bericht zur Impfung gegen die Schweinegrippe
Berichterstatter Herr Buntrock- Schweer**

Herr Buntrock- Schweer berichtet darüber, dass sich der rückläufige Trend bei den Impfungen gegen die Neue Influenza weiterhin fortsetzt. Das Angebot wird noch bis März im Gesundheitsamt vorgehalten. In der gesamten Stadt sind rd. 27 Tausend Menschen geimpft worden, das entspricht etwa 8% der Bevölkerung. 30% wären wünschenswert gewesen.

In Wuppertal wurde eine zentrale Impfstelle aufgebaut, mit der gute Erfahrungen gesammelt wurden. Darüber hinaus haben auch ausgewählte niedergelassene Ärzte und Betriebsärzte Impfungen vorgenommen. Leider waren in der Abwicklung die Verfahrensweisen in NRW und in Deutschland nicht einheitlich und die Informationspolitik eher verwirrend als in der Sache hilfreich. In Wuppertal waren die Rückmeldungen aus der Bevölkerung positiv.

Sitzungsunterbrechung 17.30- 17.31 Uhr.

6 Mitteilungen der Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

7 Verschiedenes

Herr Engels informiert aus dem Beirat der Menschen mit Behinderungen darüber, dass am 6. März ein Schnuppertraining für Rollstuhlfahrer in der Sporthalle Gathe stattfindet.

Arnold Norkowsky
Vorsitzender

Anita Kretschmer
Schriftführerin